

Taleban Iran als Urheber des Anschlags verdächtigen. Gesucht werde auch nach einem früheren Mudschahedin-Kommandanten aus Kandahar namens Sairullah.

Am 15. September detonierte auch ein Sprengsatz in einem Munitionslager der Taleban bei Jalalabad. Drei Menschen wurden schwer verletzt. Die Taleban benannten eine technische Panne als Ursache.

Opposition bildet neue Führungsgremien

Die Vereinigte Front der afghanischen Opposition hat im September ein je zehnköpfiges vorläufiges Politisches Büro ihres Führungsrates mit Ex-Präsident Burhanuddin Rabbani an der Spitze und ein Kabinett gebildet. Das Büro werde die Front immer zwischen den Tagungen des Führungsrates leiten, sagte General Seyyed Hussain Anwari, eines der führenden Mitglieder der Front. Mitglieder sind neben Rabbani: Abdul Rassul Sayyaf als Vize, Abdurrahim Abbas Karimi als Sekretär sowie Ahmad Schah Masud, Seyyed Hussain Anwari, Hadschi Abdul Qadir, Qurban Ali Erfani, Wahidullah Sabawun, Seyyed Nurullah Emad und Abdullah Wardak. Die Minister heißen: Tsaranpoh Muhammad Qasim (Justiz), Ing. Gardezi (Landwirt-

schaft), Muhammad Ilyas Zaraq (Bildung), Ing. Muhammad Haschim Za'i (Öffentliche Arbeiten), Muhammad Nateqi (Handel), Wahidullah Sabawun (Finanzen), Dr. Abdullah (Stellv. und Amtierender Außenminister), Dr. Yaqub Barakzai (Gesundheit), Fahim Khan (Staatsminister für Sicherheit) und Qazi Abdul Bari (Vizeminister für Justiz, Chef des Obersten Gerichts).

Allerdings soll es der pakistanischen 'Frontier Post' zufolge in der Allianz bereits wieder zu Konflikten gekommen sein. Dabei geht es um das Verhältnis zu Indien, das die Allianz gegen die Taleban unterstützen soll. Bei einem Treffen der Allianzspitzen soll sich Vizechef Sayyaf gegen den geplanten Besuch einer zweiköpfigen indischen Delegation gewandt haben. Er wolle das Verhältnis zu Pakistan nicht noch mehr belasten, hieß es, um einen möglichen Friedensschluss mit den Taleban nicht zu gefährden.

EU will sich gegen Afghanistan abschotten

Die EU will fünf Ländern — darunter Afghanistan — mit Zusagen bzw. Stoppen von Entwicklungshilfegeldern dazu bringen, dass sie illegale Flüchtlinge aus diesen Ländern zurücknehmen bzw. erst gar nicht einreisen lassen. Dazu sollen

Spezialeinheiten auf "Problem-Flughäfen" in Entwicklungsländern stationiert werden, um Asylsuchende zu stoppen, bevor sie in Richtung Europa starten. Dieses Thema sollte auf dem bei Redaktionsschluss in Tampere (Finnland) laufenden EU-Gipfel besprochen werden, berichtete die dänische "Berlingske Tidende" Anfang September. Neben Afghanistan beträfe dies Irak, Marokko, Somalia und Sri Lanka. Der Plan ist Teil eines Vorschlags der derzeitigen finnischen EU-Präsidentschaft zur Koordination der Immigrationspolitiken der Mitgliedsländer. Die Zeitung zitierte Dänemarks Außenminister Niels Helveg Petersen: "Es ist nicht das Ziel, Asylsuchende von Europa fern zu halten, sondern möglichen Immigranten genaue Informationen zu geben, welche Schwierigkeiten es dabei gibt, Asyl, eine Aufenthaltsgenehmigung und Sozialhilfe zu bekommen."

Veranstaltungstipp

"Den Schleier heben — Frauen in Afghanistan", Foto-Ausstellung zusammengestellt von 'Médecins du Monde' (Paris), München, Institut Francais, Mo-Do 9-18.30 Uhr, Fr 9-15 Uhr. Bis 5.11.99. Danach ist die Ausstellung in Bonn zu sehen.

Grenzüberschreitender Islamismus

Auch Afghanistans Taleban sind in eine Geiselnahme im Süden Kirghisistans verwickelt

von Thomas Ruttig

Im August drangen bewaffnete Islamisten - nach offiziellen Angaben 650 - in den Süden der GUS-Republik Kirghisistan ein und besetzten fünf Dörfer. Die Truppen des Landes wurden in Alarmzustand versetzt, man versuchte, ihren weiteren Vormarsch zu verhindern. Tausende flohen aus dem Gebiet, während sich in den Städten Freiwillige zum Kampf gegen die Infiltranten meldeten. Aus der kirghisischen Hauptstadt Bischkek bombardierten Kampfflugzeuge des benachbarten Usbekistan die Guerilleros auf kirghisischem Boden. Auch ansonsten achteten die Usbeken, deren Präsident Islam Karimow in der Region gern auf seine Vormacht pocht, wenig auf die Grenzen: Auch Dörfer in Tadschikistan wurden getroffen.

Wußte man lange nichts oder wenig über die Eindringlinge, lag in dieser Aktion schon ein Hinweis nach dem

Sprichwort, daß getroffene Hunde bellen (oder beißen): Karimow war, wie sich herausstellte, der eigentliche Adressat der Islamisten-Aktion. Ein Sprecher des militärischen Chefs der Islamischen Bewegung Usbekistans, Toher Jaldaschew, übernahm nach einigen Tagen des Schweigens im Namen seiner Organisation die Verantwortung dafür. Nachdem sie mehrere Geiseln, darunter vier kirghisische Polizeioffiziere, freigelassen hatten, erklärte der Sprecher, die übrigen Festgehaltenen sollten gegen in Usbekistan inhaftierte Mitglieder der Bewegung ausgetauscht werden. Sie gehören zu den insgesamt weit über 100 Personen, die nach einem mißglückten Bombenanschlag im Februar auf den usbekischen Präsidenten Islam Karimow vor Gericht gestellt worden waren.

Umliegende Regierungen, auch die kirghisische, leisteten durch Abschie-

bungen usbekischer Emigranten Karimow Hilfestellung oder ließen Usbekistans Geheimdienst bei Entführungsaktionen gewähren und lieferten Karimows Gerichten so Futter für mehrere Schauprozesse, bei denen mehrere Todesurteile verhängt wurden, obwohl einige Angeklagte erfolterte Geständnisse vor dem Richter widerrufen hatten. Daß zumindest eine ganze Reihe der Verurteilten zu Unrecht vor Gericht standen, gab Karimow selbst Anfang Oktober indirekt zu: Dutzende Angehörige der islamistischen Untergrund-Bewegung Hezbi Tahriri Islomiya (Islamische Befreiungspartei), die zuerst als Organisator des Attentats bezichtigt worden war, wurden auf freien Fuß gesetzt. Eine Partei dieses Namens ist aus Jordanien bekannt, wo eine beträchtliche Zahl Angehöriger von Kaukasusvölkern - Tscherkessen, Tschetschenen und Dage-

stanern - lebt. Die in Taschkent jetzt Verurteilten sollen zugegeben haben, daß einige von ihnen in Afghanistan, andere in Tschetschenien ausgebildet worden seien - bei einem der bekanntesten dortigen Warlords, Abu Khattab, einem Tscherkessen aus Jordanien. Ihr usbekischer Ableger will dort ein "islamisches Kalifat" errichten.

Die Islamisten, die nahe der südkirghischen Stadt Osch (einer Schlüsselposition auf der Rauschgift-Route Afghanistan-GUS-Westeuropa) ihr Lager aufgeschlagen hatten, aber inzwischen die besetzten Dörfer aufgeben mußten und immer wieder über die Grenzen im Dreiländereck Kirghisistan-Tadschikistan-Usbekistan wechseln, hielten bei Redaktionsschluß noch zwölf Geiseln fest. Darunter sind vier japanische Geologen und ein General des kirghischen Innenministeriums. Den verlangten Gefangenenaustausch betreffend erklärte die kirghische Regierung sich für nicht zuständig. Diese Forderung, so der Chef der Sicherheits- und Militärabteilung des kirghischen Präsidialamtes, General Bolot Dschanusakow, sollten die Entführer doch lieber direkt an die usbekische Regierung stellen.

Die Islamische Bewegung Usbekistans war bis dahin nicht in Zusammenhang mit dem Anschlag auf Karimow in Taschkent gebracht worden und eher unbekannt. Ihre Kämpfer beteiligten sich am Bürgerkrieg im benachbarten Tadschikistan, wo - wie in Südkirghisistan - eine starke usbekische Minderheit lebt. Die Entführer unter dem Kommando von Dschuma Namangoni sind - wie einige tadschikische Warlords auch, darunter welche ethnisch usbekischer Herkunft - gegen das dortige, 1996 geschlossene Friedensabkommen. Als auch ihre Aktivisten in die Repressionswelle nach dem Attentat auf Karimows gerieten, entfachte das ihre Wut auf den Autokraten. Ein neues Betätigungsfeld war gefunden, zu dem man aus Tadschikistan kommend Kirghisistan durchqueren wollte. Nach GUS-Quellen sollen auch einige Afghanen und Araber zu den Guerilla-Truppen gehören; Kirghisistans Präsident Asakar Akajew stellte eine Verbindung zu Usama bin Laden her, den Gründer der neuen 'Islamistischen Internationale', auf den sich auch die Attentäter beriefen, die im vergangenen Jahr zwei US-Botschaften in Ostafrika in die Luft sprengten.

Die Geiselnahme in Südkirghisistan spricht dafür, daß die mittelasiatische Islamisten-Bewegung in eine neue Phase eingetreten ist. Zwar führte die islamistische Auffassung von Internationalismus dazu, daß man als "guter Moslem" auch seinen Glaubensgefährten in anderen Ländern beistand. Aber das Betätigungsfeld für solche Aktivitäten war bisher



Eine Gruppe von Taleban-Kämpfern (Foto: 'Outlook')

meist Afghanistan oder auch Bosnien und Tschetschenien sowie Kaschmir. Die islamistischen Gruppen in den GUS-Ländern Mittelasiens operierten bisher getrennt voneinander, auch wegen der harten Repression, und waren wenig untereinander vernetzt. Aber auf den Schlachtfeldern in Tadschikistan und Afghanistan hat man nun offenbar doch engere Kontakte aufgebaut, die nun langsam auch in den früheren Sowjetrepubliken zu tragen kommen.

Auch Afghanistans Taleban scheinen eine Rolle als - wenigstens einer der - Drahtzieher im Hintergrund zu spielen. Der bisher wichtigste Vermittler, Tursunbek Akunow, Vorsitzender des kirghischen Menschenrechtskomitees, führte Gespräche auch mit Taleban-Vertretern in Pakistan und reiste dann weiter nach Kabul. Auch der kirghische Parlamentsabgeordnete Tursunbai Bakir-uulu reiste nach Afghanistan und traf dort nach eigenen Angaben die Anführer der Islamischen Bewegung Usbekistans. Über den Inhalt der Gespräche wurde bisher allerdings ebenso wenig etwas bekannt, als daß sich daraufhin etwas bewegte. Im Gegenteil: Beide Seiten halten still, und es gibt wenig Neues in der Geisellaffäre. Im Internet waren auch Hinweise darauf zu finden, daß sich im Zuge der kirghischen Geisellaffäre die chinesisch-pakistanischen Beziehungen

abgekühlt hätten. Peking befürchte Auswirkungen auf seine eigenen islamistischen Militanten in Xinjiang (Ostturkestan). Kämpfer aus Xinjiang waren in letzter Zeit unter gefangenen Taleban, die von deren Gegnern in der afghanischen sogenannten Nordallianz den Pressevertretern vorgeführt worden waren.

Die regionalen Regierungen, vor allem der GUS-Staaten, tun sich trotz Dutzender Kooperationsabkommen, auch zum Kampf gegen "Terroristen" und Islamisten, schwer bei der Zusammenarbeit. Immerhin traf sich Kirghisistans Erster Vizepremier Boris Silajew in Moskau mit dem russischen Verteidigungsminister Igor Sergejew, um die "optimale Taktik" im Kampf gegen die Militanten zu besprechen, und Kasachstan lieferte Munition und "militärische Hardware" an Bischkek.
